expertenReport



Quelle: Deutsche Bundesbank

Finanzstabilitätsbericht 2026: Bundesbank sieht wachsende Risiken trotz stabiler Banken

Ute Pappelbaum

Die Risiken für das deutsche Finanzsystem bleiben erhöht. Das stellt die Deutsche Bundesbank in ihrem am 12. November veröffentlichten Finanzstabilitätsbericht 2026 fest. Zwar verfügen die Banken weiterhin über eine solide Kapital- und Liquiditätsausstattung, doch steigende Kreditrisiken, hohe Finanzmarktbewertungen und wachsende Staatsschulden erhöhen die Verwundbarkeit. Besonders kritisch wird es, wenn mehrere Belastungen gleichzeitig eintreten.

Finanzmärkte bewerten Risiken weiterhin niedrig

Die Bundesbank sieht eine erhebliche Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Finanzmarktbewertungen. Insbesondere im US-Technologiesektor sind hohe Gewinnerwartungen eingepreist. Gleichzeitig liegen die Risikoprämien bei Aktien und Unternehmensanleihen auf niedrigem Niveau.

Sollten sich die Erwartungen korrigieren, könnten Kursverluste durch Mittelabflüsse aus Investmentfonds, Nachschussforderungen und die Verflechtung verschiedener Finanzmarktakteure verstärkt werden. Das Risiko beschränkt sich damit nicht auf einzelne Wertpapierbestände. Auch Institute ohne unmittelbares Engagement können über Fonds und gemeinsame Finanzierungspartner betroffen sein.

Staatsschulden werden zum Stabilitätsrisiko

Die steigende Staatsverschuldung im Euroraum verschärft nach Einschätzung der Bundesbank die Risiken für die Finanzstabilität. Höhere Refinanzierungskosten treffen auf schwaches Wachstum und zunehmende strukturelle Ausgaben.

Für Deutschland erwartet die Bundesbank einen Anstieg der Schuldenquote von 62,8 Prozent im Jahr 2025 auf etwa 70 Prozent im Jahr 2028. Projektionen der Europäischen Kommission lassen bei unveränderter Politik einen Anstieg auf über 90 Prozent Mitte der 2030er-Jahre erwarten.

Werden die Ausfall- und Zinsrisiken hoch verschuldeter Staaten an den Märkten neu bewertet, können Staatsanleihen an Wert verlieren. Banken, Versicherer und Fonds wären über ihre Bestände unmittelbar betroffen. Die traditionell

stabilisierende Funktion staatlicher Anleihen gerät damit unter Druck.

Unternehmensinsolvenzen belasten Kreditportfolios

Die Quote notleidender Kredite deutscher Banken steigt seit 2023 und hat seit Mitte 2025 weiter zugenommen. Sie liegt im langfristigen Vergleich allerdings weiterhin niedrig. Die Bundesbank spricht deshalb bislang von einer geordneten Materialisierung der Kreditrisiken.

Wie stark sich die Lage verschärfen könnte, verdeutlicht eine Szenarioanalyse: Bei einer erheblichen Verschlechterung der Unternehmensbonität, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und in energieintensiven Branchen, würde die harte Kernkapitalquote des Bankensystems insgesamt um 1,1 Prozentpunkte sinken. Betroffen wären in diesem Szenario rund 27 Prozent des Kreditvolumens an nichtfinanzielle Unternehmen.

Für Kreditversicherer folgt daraus ein erhöhter Prüfbedarf bei Branchenkonzentrationen, Lieferketten und der Bonität gewerblicher Kunden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner Unternehmen können sich über bestehende Geschäftsbeziehungen auf weitere Schuldner übertragen.

Immobilienfinanzierungen mit erhöhten Verwundbarkeiten

Am Gewerbeimmobilienmarkt bleiben die Risiken ausgeprägt. Notleidende Kredite nehmen weiter zu, wenn auch langsamer. Vor allem ausstehende Anschlussfinanzierungen deutscher Projektentwickler bleiben problematisch.

Neue Daten der Bundesbank zeigen zudem erhebliche Fremdkapitalanteile bei Wohnimmobilienfinanzierungen. Rund 38 Prozent des im zweiten Quartal 2026 neu vergebenen Kreditvolumens entfielen auf Finanzierungen mit einem Beleihungsauslauf von über 90 Prozent. Bei knapp elf Prozent überstieg das Darlehensvolumen sogar den Immobilienwert.

Hinzu kommt die laufende Belastung der Kreditnehmer: Rund 39 Prozent mussten mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für ihren gesamten Schuldendienst aufwenden. Steigende Arbeitslosigkeit oder sinkende Immobilienpreise könnten die Ausfallrisiken damit deutlich erhöhen.

Kapitalpuffer sind nicht vollständig nutzbar

Die Bundesbank bewertet die Kapitalausstattung deutscher Banken grundsätzlich als solide. Allerdings sind regulatorisch ausgewiesene Kapitalpuffer nicht in vollem Umfang tatsächlich nutzbar. Von aggregiert 3,8 Prozent der risikogewichteten Aktiva stehen effektiv nur 2,7 Prozent zur Verfügung.

Die Bundesbank hält die bestehenden makroprudenziellen Kapitalpuffer für angemessen und fordert eine bessere Nutzbarkeit. Außerdem spricht sie sich für rechtliche Grundlagen aus, um bei Wohnimmobilienkrediten gegebenenfalls Grenzen für die Verschuldung und den Schuldendienst im Verhältnis zum Einkommen festzulegen.

Versicherer und Fonds geraten ebenfalls unter Druck

Auch außerhalb des Bankensektors wachsen die Verwundbarkeiten. Bei Lebensversicherern liegen die Stornoquoten auf dem höchsten Niveau seit 2010. Gleichzeitig ist der Anteil besonders illiquider Kapitalanlagen zwischen 2018 und dem zweiten Quartal 2026 von 15 auf rund 25 Prozent gestiegen.

Die Solvenzquoten bleiben hoch, doch stille Lasten können den finanziellen Handlungsspielraum einschränken. Bei offenen Immobilienfonds verschärfen Mittelabflüsse die Liquiditätsprobleme. Erzwungene Verkäufe könnten die ohnehin schwachen Gewerbeimmobilienmärkte zusätzlich belasten.

Der Finanzstabilitätsbericht beschreibt damit keine akute Bankenkrise. Er dokumentiert ein Finanzsystem, dessen Widerstandsfähigkeit bislang ausreicht, während sich die möglichen Belastungen verdichten. Entscheidend bleibt, ob Kapitalpuffer, Risikovorsorge und Liquidität auch dann tragen, wenn wirtschaftliche Schwäche, steigende Finanzierungskosten und Marktpreiskorrekturen zusammenfallen.

Quelle: Deutsche Bundesbank – Finanzstabilitätsbericht 2026, 12. November 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4953007/Finanzstabilitaetsbericht-2026-Bundesbank-sieht-wachsende-Risiken-trotz-stabiler-Banken/